



HESSISCHER LANDTAG

28. 02. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

betreffend Verhalten von Rot-Rot-Grün im Bundesrat schadet Hessen - "scheinheilige" Argumentation zulasten der Bürgerinnen und Bürger

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Blockadehaltung von SPD und Grünen im Bundesrat den hessischen Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Land Hessen massiv schadet:
 - Durch die rot-grüne Ablehnung des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression im Bundesrat wird verhindert, dass eine Anpassung der Einkommensteuer an die Preissteigerung erfolgt. Verlierer sind dabei vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Es ist unredlich, soziale "Gerechtigkeit" zu proklamieren, aber gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern 6 Mrd. € pro Jahr vorzuenthalten, die sie zum Inflationsausgleich benötigen.
 - Durch das Scheitern des Gesetzes zur Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im Bundesrat kann die von vielen Wohneigentümern erhoffte steuerliche Unterstützung für die energiesparende Umrüstung von Altbauten nicht in Kraft treten. Die rot-grüne Blockade verhindert damit wesentliche Anreize zur Energieeinsparung. Dringend notwendige Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz in Höhe von rund 10 Mrd. € pro Jahr und Entlastungen der Bürger in Höhe von 1,5 Mrd. € pro Jahr werden durch die Blockade verhindert.
 - Durch das Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz wird eine aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung aufgrund von Verjährungsfristen ausgeschlossen. Viele Steuersünder können weder einer Besteuerung unterworfen noch von der deutschen Strafjustiz zur Rechenschaft gezogen werden. Durch den Ankauf von Steuer-CDs erfolgt die Besteuerung auf Basis eines reinen Zufallsprinzips. Dabei begibt sich der Staat in einer juristischen Grauzone in die Abhängigkeit von Straftätern. Dies kann nicht die dauerhafte rechtsstaatliche Grundlage für die Erfassung hinterzogener Steuern sein.
 - Durch das Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz entgehen Hessen Schätzungen zufolge mindestens 192 Mio. € an Einmalzahlungen und 40 Mio. € an jährlichen Einnahmen. Die Gemeinden, Städte und Landkreise hätten jährliche Zusatzeinnahmen im zweistelligen Millionenbereich erwarten können. Diese Mittel stehen damit nicht für Schulen, Kinderbetreuung oder Straßenbau zur Verfügung. Stattdessen will Rot-Grün die hessischen Steuerzahler durch höhere Steuern und Abgaben schröpfen.
 - Durch das vorläufige Scheitern des Jahressteuergesetzes 2013 im Bundesrat werden Vorschriften, die der Steuergerechtigkeit und der Entbürokratisierung dienen, nicht in die Steuergesetze aufgenommen. SPD und Grüne nehmen hin, dass dem Staat Einnahmen

in Millionenhöhe verloren gehen. Zum einen können Top-Verdiener mit fragwürdigen Goldgeschäften und steuerfreien Immobilientransaktionen weiterhin erheblich Steuern sparen. Zum anderen bleiben die Nachteile bei der Dienstwagenbesteuerung von Elektrofahrzeugen bestehen. Des Weiteren kommt es wegen der gescheiterten Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für die deutsche Wirtschaft nicht zu einer jährlichen Entlastung an Bürokratiekosten in Höhe von 2,5 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag den erneuten Versuch der Bundesregierung, Steuerschlupflöcher zu schließen und unstrittige Punkte aus dem Jahressteuergesetz umzusetzen.

2. Der Landtag stellt fest, dass sich die parteipolitisch motivierte Blockadehaltung von SPD und Grünen im Bundesrat zulasten der Bürgerinnen und Bürger auswirkt.

Wiesbaden, 28. Februar 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Dr. Blechschmidt